Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 11

Artikel: Kernfragen der Kernenergie-Politik
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339384

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Richard Lienhard

Kernfragen der Kernenergie-Politik

Vorwort zu einer Diskussion

Die Auseinandersetzung um das Pro und Kontra Kernkraftwerke wird längst nicht mehr mit sachlichen – ökonomisch-technischen – Argumenten geführt, sondern droht immer mehr in einen Glaubenskrieg auszuarten. Für die Atomkraftwerk-Gegner sind die Atomkraftwerk-Anhänger «Agenten der kapitalistischen Nuklearmultis» und Wegbereiter des Atomtodes. Für die Atomkraftwerk-Anhänger sind die Atomkraftwerk-Gegner Handlanger der Ölscheichs und Totengräber der Vollbeschäftigung.

Glaubenskriege sollten bei Sozialdemokraten nicht in hohem Kurs stehen. Sozialdemokratische Politik hat dem Wohl der Menschen zu dienen. Aber es soll nicht durch eine Heilsidee dem einzelnen aufgenötigt werden. Deshalb war auch sozialdemokratische Politik von jeher durch einen rationalen Geist geprägt. «Aussprechen, was ist», das war stets ein Grundsatz sozialdemokratischer Bewusstseinsbildung. Ihm fühlt sich auch unsere Zeitschrift verpflichtet.

In einem Kommentar zu der von *Peter Graf* verfassten Schrift «Atomfront» wird behauptet, die Atomdiskussion habe sich in ein steriles Für und Wider der Atomenergieposition verrannt. Nach meiner Ansicht hat indessen hierzulande in den Blättern der Linken eine echte Diskussion um die wirklichen Probleme der Atomenergie noch gar nicht stattgefunden. So haben sich zum Beispiel beim «Profil» bis heute fast ausschliesslich Gegner der Atomkraftwerke zum Wort gemeldet.

Peter Graf schlägt in der genannten Schrift unter dem Titel «Einige Vorschläge» an erster Stelle vor, es sollte der Bund die nötigen Mittel für kontradiktorische Information aufwenden. Es bleibt nur zu hoffen, dass eine solche Information in *allen* Blättern zum Ausdruck kommt. Lediglich auf Grund einer solch umfassenden kontradiktorischen Information könnte schliesslich entschieden werden, ob ein allgemeiner Baustopp als gerechtfertigt erscheint.

Eine ernsthafte Prüfung verdient zurzeit die Parlamentarische Initiative *Meizoz* (soz., Waadt), wonach mittels eines allgemeinen Bundesbeschlusses jede *Standortbewilligung* und jede *Baubewilligung* für Atomkraftwerke bis zum 31. Dezember 1981 auszuschliessen wäre. Weniger realistisch erscheint mir der Ruf nach einem unverzüglichen befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau; denn ein solcher Stopp würde auch jene Werke erfassen, deren Bau bereits in Angriff genommen worden ist oder bereits vor der Vollendung steht. Hier lassen sich nämlich rechtsstaatliche und volkswirtschaftliche Bedenken nicht übersehen. Da müssten schon überzeugende Gründe angeführt werden können, die im Zeitpunkt der Baubewilli-

gung noch nicht bekannt waren. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, kann nicht von Glaubenskriegern entschieden werden, sondern allein auf Grund einer sachlichen kontradiktorischen Information. Dabei sollten heute, gerade heute, die rechtsstaatlichen Grundsätze ernst genommen werden. Es besteht da seitens der Sozialdemokratie keinerlei Veranlassung, den Wortführern revolutionärer Ungeduld irgendwelche Konzessionen zu machen. Wie kommt nun aber Peter Graf dazu, an erster Stelle seiner Schrift den «Spiegel» zu zitieren: mit einem Leserbrief des Schriftstellers Joachim Kaiser, der sich darüber aufregt, dass in der Bundesrepublik Deutschland «Politiker mit ihren Polizisten die Bauplätze (das heisst der Atomkraftwerke) freiprügeln liessen»? Hier zeigt sich doch recht wenig Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit. Es gehört denn auch zum Kernproblem der Kernenergiepolitik, dass sie mit etwas mehr Verantwortung gegenüber rechtsstaatlichen Institutionen diskutiert wird.

Um die Situation an der «Atomfront» kontradiktorisch zu beleuchten, veröffentlichen wir im folgenden zwei Beiträge, die für die ausgezeichnet redigierte Zeitschrift «Arbeit und Wirtschaft» (Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes) verfasst worden sind. Dank der guten Zusammenarbeit mit der Redaktion dieses Blattes wurde uns gestattet, die Beiträge von Heinz Kienzl und Theodor Prager auch im «Profil» zum Abdruck zu bringen. Diese beiden Diskussionsbeiträge sind für uns auch deshalb von besonderem Interesse, weil die Verhältnisse in Österreich am ehesten mit denjenigen unseres Landes zu vergleichen sind.

Dr. *Heinz Kienzl* ist Generaldirektor-Stellvertreter der Österreichischen Nationalbank und gleichzeitig Spitzenfunktionär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. *Theodor Prager* hat sich als Publizist weit über die Grenzen seines Landes einen Namen geschaffen. Beide sind als prominente Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs ständige Mitarbeiter der Monatsschrift «Die Zukunft» (Organ der SPÖ).